

Oberbürgermeisterin
der Hansestadt Lüneburg
Frau Kalisch
- Rathaus –
Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg



Lüneburg, den 29.10.2024

Änderungsantrag zur Beschlussvorschlag der Vorlage VO/11412/24 (Umsetzung der Maßnahmenvorschläge des Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans (NUMP))

Änderungsantrag zur Reanimierung der Innenstadt durch den Wirtschaftsfreundlichen Urbanen Mobilitätsplan (WUMP)

Beschlussvorschlag:

1) Fußgängerfreie Innenstadt:

- Schrittgeschwindigkeit für Radfahrende, um Unfälle vorzubeugen und sicherzustellen, dass Radfahrende Kraftfahrzeugführende nicht behindern.
- Vorfahrt fürs Kraftfahrzeuge, um deren zügigen und ungehinderten Verkehr sicherzustellen
- Extravorfahrt für SUVs je größer und teurer, umso mehr Vorfahrt. Bei Gleichstand entscheidet der lautere Motor. Außerdem sind diese von jeglichen Geschwindigkeitsbegrenzungen zu befreien
- Etablierung von Drive-In oder Drive-Through-Lösungen für Geschäfts- und Verwaltungsgebäude, um die Bequemlichkeit für Kraftfahrzeugführende zu maximieren
- Nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmende dürfen den Bereich von Montag bis Freitag zwischen 9:00 und 11:00 Uhr betreten – auf eigene Gefahr
- Eine Zentraltankstelle am Marktplatz stellt die Versorgung aller Kraftfahrzeugführenden mit kostengünstigem Benzin und Diesel sicher. Je länger der Stau, desto billiger der Kraftstoff – schließlich soll Warten auch belohnt werden.
- Landes- und bundesrechtliche Bestimmungen, die dieser zukunftsweisenden Umgestaltung entgegenstehen, sind im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Umwelt durch entsprechende politische Initiativen unverzüglich zu ändern

2) Verlagerung des Wochenmarktes:

- Der Wochenmarkt wird auf 16:00 Uhr verschoben und an die Schießgrabenstraße oder in eines der Parkhäuser verlegt.
- Kleine Drive-In-Buden ermöglichen eine optimale Monetarisierung der Verkehrsstauung zu Stoßzeiten und sichern so die Existenz des Wochenmarktes, indem das Einkaufen im Stau zu einem besonderen Erlebnis wird.

3) Schwimmbrücke auf die Ilmenau:

- Errichtung einer Schwimmbrücke oder Pontonbrücke, nach dem Vorbild aus China, um den Zufluss zusätzlicher Autos in die Innenstadt zu erleichtern.

4) Kosten-Nutzen-Analyse:

- Durchführung einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse der Maßnahmen, um deren maximale Wirtschaftlichkeit und Effizienz zu gewährleisten.

Begründung:

Im Mobilitätsausschuss wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass der Nachhaltige Urbane Mobilitätsplan (NUMP) lediglich die Perspektive der Verkehrsteilnehmer berücksichtigt hat, nicht aber die der wirtschaftlichen Interessen. Um den drohenden Untergang der Innenstadt zu verhindern, ist es unabdingbar, die Wirtschaft in den Vordergrund zu stellen.

Nicht nur die Machbarkeitsstudie "Spielen und Verweilen" hat gezeigt, dass immer mehr Menschen mit dem Fahrrad in die Innenstadt fahren. Ich glaube, dies liegt nicht daran, dass sie das Fahrrad bevorzugen, sondern weil es schlichtweg zu wenige Parkplätze gibt und die bestehenden Parkplätze zu teuer sind. Diese Situation lässt sich leicht verbessern, indem wir alle Parkplätze in der Innenstadt streichen und Platz für Drive-In-Spuren schaffen. Damit wird nicht nur der noch hitzigere Parksuchverkehr effektiv genutzt, sondern auch die Wirtschaft der umliegenden Gebiete angekurbelt.

Eine fußgängerfreie Innenstadt bietet erhebliche wirtschaftliche Vorteile: Mit ausreichend Platz für Autos und Drive-Through-Angebote entsteht ein Anreiz, den Konsum zu fördern und den Stadtverkehr effizienter zu gestalten. Zudem könnte der Wochenmarkt als Drive-In-Option an die Schießgrabenstraße oder in ein Parkhaus verlagert werden, um auch hier den Mehrwert durch staubedingte Einnahmen zu erhöhen.

Die Schwimmbrücke auf der Ilmenau würde dabei helfen den Autoverkehr in die Innenstadt so flüssig zu halten wie die Ilmenau selbst.

Da die Umwelt in der dicht bebauten Innenstadt ohnehin nicht mehr auffällt, sollten wir uns auf das Wesentliche konzentrieren und diesem zukunftsweisenden Antrag zustimmen.

Ein weiteres Projekt könnte ja noch eine komplette Überdachung der Innenstadt werden, dann spart man Reinigungs- und Räumdienste, außerdem ist immer gutes Wetter in der Stadt und wer fährt nicht gerne bei gutem Wetter Auto.

Klimalösungen und neue Technologien entwickeln sollen die machen, die es betreffen wird: unsere Kinder und Enkelkinder. Planeten gibt es viele unsere Wirtschaft nur einmal!

Graue Grüße



Keno Freund - Ratsmitglied der Partei die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und Basisdemokratische Initiative

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 29. Oktober 2024

**Änderungsantrag: Förderrichtlinie „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ des BMUV im
Klimaanpassungskonzept berücksichtigen**

*(zur Verwaltungsvorlage VO/10534/23-2 „Beschluss des Klimaanpassungskonzepts und zur
Beantragung der Folgeförderung“)*

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Die Linke beantragt, das vorgelegte Klimaanpassungskonzept so zu erweitern, dass der Förderaufruf des BMUV zur Konzeptionierung und Umsetzung von Maßnahmen zur „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ Berücksichtigung findet.

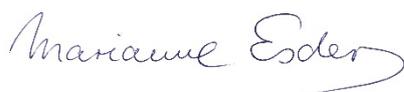
Begründung

Die Erarbeitung eines Klimaanpassungskonzeptes und die Beantragung einer Folgeförderung zur Umsetzung erarbeiteter Maßnahmen sind nicht nur begrüßenswert, sondern vor dem Hintergrund zunehmend negativer Auswirkungen der Klimakatastrophe auf Kommunen unbedingt notwendig.

Soziale Einrichtungen sind in besonderem Ausmaß von den Auswirkungen der Klimakatastrophe betroffen. Das BMUV hat deshalb eine Förderrichtlinie vorgelegt, die sich explizit mit der Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen in sozialen Einrichtungen befasst (siehe <https://www.z-u-g.org/anpasso/foerderaufruf-2024/>).

Die Linke schlägt vor, diesen Förderbereich im vorgelegten Klimaanpassungskonzept zu berücksichtigen und die vom BMUV bereitgestellten Fördermittel zu beantragen. Das Förderantragsfenster ist vom 1. Oktober 2024 bis 15. Dezember 2024 geöffnet.

Mit freundlichen Grüßen



Marianne Esders

Die Linke



Stadtratsfraktion
im Rat der Hansestadt Lüneburg



Stadtratsfraktion Lüneburg

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Rathaus
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 30. Okt. 2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 30.10.2024 stellen die Fraktionen von FDP, SPD und CDU zur Vorlage VO/11412/24 (Umsetzung der Maßnahmenvorschläge des nachhaltigen urbanen Mobilitätsplans (NUMP)) folgenden Änderungsantrag:

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Hansestadt Lüneburg nimmt die im Erstellungsprozess des NUMP erarbeiteten Maßnahmenempfehlungen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung legt dem Ausschuss für Mobilität rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen eine Liste konkreter einzelner Maßnahmen vor, die eine Bewertung hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, Umsetzbarkeit und ihres Beitrags zur Erreichung der bereits bestehenden Ziele der Hansestadt Lüneburg enthält. Dabei ist eine Priorisierung vorzunehmen, die nach Effizienz und Auswirkungen auf die gesamte Verkehrssituation in der Hansestadt geordnet ist.
3. Der Maßnahmenkatalog ist verkehrsträgerübergreifend zu gestalten und soll dabei die Interessen aller Verkehrsträger und -teilnehmer, sowie die Auswirkungen auf die Verkehrssituation in der gesamten Hansestadt berücksichtigen. Die Polizei und Vertreter der örtlichen Wirtschaft (Handwerkskammer, IHK, LCM) werden zur Bewertung der Sicherheits- und wirtschaftlichen Aspekte eingebunden, um eine umfassende Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu gewährleisten.
4. Die Maßnahmenauswahl und -priorisierung ist in einer Sitzung des Mobilitätsausschusses vorzustellen, in der auch Fragen und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern Lüneburgs zugelassen werden sollen. Der räumliche Mehrbedarf ist bei räumlicher Planung angemessen zu berücksichtigen.
5. Die Finanzierung der priorisierten Maßnahmen wird im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanungen geprüft. Dazu sind Fördermöglichkeiten von Bund und Land sowie weitere externe Finanzierungsoptionen mit zu prüfen. Vorhandene personelle

und finanzielle Ressourcen sind zielgerichtet für die Maßnahmenumsetzung einzusetzen. Sollte die Planung und Umsetzung der priorisierten Maßnahmen zusätzliche Ressourcen erfordern, so sind diese im Stellenplan und im Haushaltsplanentwurf mit entsprechender Begründung einzustellen.

6. Es ist ein Beschluss über die konkrete Maßnahmenauswahl zu fassen.

Begründung:

Dass verkehrliche Veränderungen in unserer Stadt notwendig sind, bezweifelt niemand. Um einen besseren Überblick über sinnvolle Veränderungen zu bekommen, haben wir ein Planungsbüro beauftragt, die Kosten wurden uns in nichtöffentlicher Sitzung bekanntgegeben.

Ein nachhaltiger urbaner Mobilitätsplan (NUMP) muss ein Gesamtkonzept liefern, das sich aus vielen Einzelmaßnahmen zusammensetzt.

Der verkehrsträgerübergreifende Ansatz ist entscheidend, um die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, einschließlich der Gewerbetreibenden, des Lieferverkehrs und der Dienstleister zu bedienen und die Mobilität in Lüneburg zukunftsfähig und realistisch zu gestalten.

Dabei müssen lokale Partikularinteressen hinter übergeordnete Interessen zurücktreten. Belange der Wirtschaft, der Gastronomie, des Handwerks und von Dienstleistern haben den gleichen Stellenwert wie die von Verkehrslobbygruppen.

Genauso ist immer auch die Situation Lüneburgs als Oberzentrum in unserer Region zu berücksichtigen: Menschen aus dem Landkreis und darüber hinaus werden immer nach Lüneburg gelangen müssen. Sie sind auf die Einrichtungen in der Hansestadt angewiesen, wir auf die Besucher und Kunden von außerhalb.

Die Entscheidung, welche Maßnahmen wann und wie umgesetzt werden, müssen transparent öffentlich diskutiert werden. Die Entscheidung müssen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Lüneburger Einwohnerinnen und Einwohner treffen und nicht ein nichtöffentlich tagender Arbeitskreis, dessen genaue Zusammensetzung nicht einmal allen Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität der Hansestadt Lüneburg bekannt sind.

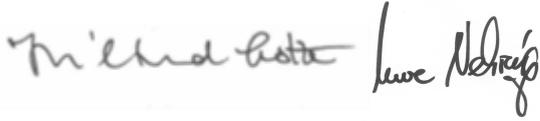
Die Verkehrswende kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Beteiligten frühzeitig eingebunden werden und die Bevölkerung über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Maßnahmen informiert ist. Dabei ist auch relevant, ob es sich auch um Maßnahmen handelt, die finanziell und personell abbildbar sind in unserer Hansestadt. Der nachhaltige Erfolg der Maßnahmen hängt von ihrer praktischen Umsetzbarkeit und ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung ab.

So wichtig die Veränderungen in der jetzigen Verkehrsinfrastruktur der Hansestadt Lüneburg sind, so darf niemals vergessen werden, dass die personellen und vor allem auch die finanziellen Ressourcen der Hansestadt limitiert sind. Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Lüneburger Bevölkerung sehen wir - auch wenn wir unterschiedliche Schwerpunkte setzen - unsere Gesamtverantwortung für alle Menschen.

Transparenz, Pragmatismus, Ideologiefreiheit und die genannte Gesamtverantwortung stellen wir gerade bei der Veränderung der Verkehrssituation in den Vordergrund.

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Lotze, Uwe Nehring

Handwritten signatures of Hiltrud Lotze and Uwe Nehring in black ink.

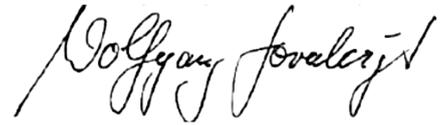
für die SPD-Fraktion

Frank Soldan

Handwritten signature of Frank Soldan in black ink.

für die FDP-Fraktion

Wolfgang Goralczyk

Handwritten signature of Wolfgang Goralczyk in black ink.

für die CDU Fraktion